

Europarecht

Oppermann / Classen / Nettesheim

10. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-80569-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Oppermann/Classen/Nettesheim
Europarecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europarecht

Ein Studienbuch

von

Dr. iur. Claus Dieter Classen

o. Professor an der Universität Greifswald
Mitglied des Landesverfassungsgerichts und
Richter am Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern

und

Dr. iur. Martin Nettesheim

o. Professor an der Universität Tübingen

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

10., völlig neu bearbeitete Auflage, 2025
des von Professor Dr. iur. Dres. h. c. Thomas Oppermann begründeten Werkes



Zitiervorschlag: Oppermann/Classen/Nettesheim EuropaR § 1 Rn. 1

beck-shop.de

beck.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 80569 1

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 80570 7

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

produksicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die Lage der Europäischen Union ist seit etlichen Jahren durch außergewöhnliche Umstände geprägt. Ab 2010 wurde die EU durch fiskal- und wirtschaftspolitische Verwerfungen herausgefordert. In den Jahren 2015/2016 folgte der große Zustrom von Flüchtlingen aus Nahost und Afrika, kurz darauf die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Union zu verlassen. Zwischen 2020 und 2022 entfaltete die Covid 19-Pandemie ihre dramatischen Auswirkungen, gefolgt von dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. In manchen Kreisen wird das Projekt der europäischen Integration, wie es bislang verstanden wurde, grundsätzlich in Frage gestellt. In einzelnen Mitgliedstaaten, insbesondere Ungarn, zeitweilig auch Polen, rückte man von Grundannahmen eines liberalen Konstitutionalismus ab, der bislang als Geschäftsgrundlage der europäischen Integrationsbewegung gelten konnte. Auch in vielen anderen Mitgliedstaaten gewinnen populistische Kräfte deutlich an Gewicht. Vereinzelt zerstören Korruption und Kriminalität die Grundlagen, auf denen die EU aufbaut. Versuche der EU-Organe, diesen Trends entgegenzuwirken, indem man stärker auf die Werte der Union setzt, werfen viele Fragen auf. Überzeugende Antworten wurden bisher noch nicht gefunden. Die Entwicklungen werden im Lehrbuch an verschiedener Stelle aufgenommen und in ihren rechtlichen Kontext gestellt.

Die Verfasser hoffen, den Anliegen des Begründers dieses Lehrbuches, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Oppermann, auch weiterhin Rechnung zu tragen. Ihm ging es immer darum, die Bedürfnisse der Praxis und die der Studierenden gleichermaßen zu berücksichtigen. Der Geist des Werkes ist unverändert: Die Autoren sind von der Notwendigkeit der europäischen Integration überzeugt, erkennen aber mit realistischem Blick auch die Probleme und Grenzen des Projekts.

In der vorliegenden Neuauflage des Lehrbuches wurde der Stoff grundlegend neu gegliedert. In vielen Bereichen ist die ursprüngliche Fokussierung der Darstellung auf den europäischen Binnenmarkt überholt, andere Gesichtspunkte spielen mittlerweile eine größere Rolle. Dies gilt etwa für die Landwirtschafts-, die Energie- und die Sozialpolitik. Auch die Gewichte haben sich zum Teil stärker verschoben, so dass es nicht nur bei einer Aktualisierung der entsprechenden Abschnitte bleiben konnte. Manches wurde stark gestrafft, so etwa die Darstellung der Agrarpolitik oder des EGKS-Regimes. Anderes, wie Grundsatzfragen der Rechtsangleichung oder der Datenschutz, werden ausführlicher behandelt. Die Entwicklung des sekundären Europarechts, der europäischen Rechtsprechung und der begleitenden Literatur wird in der Neuauflage bis Frühjahr 2024 berücksichtigt. Die Paragraphen wurden unter uns gegengelesen und erörtert, sodass wir für Unvollkommenheiten die Verantwortung gemeinsam tragen.

Für wichtige Hilfe gebührt Dank am Lehrstuhl Classen Frau Jana Prieß sowie den Herren Max Kelch, Lauritz Lerche, Simon Nagy, Tim Seidensticker und Fabian Zeiger, am Lehrstuhl Nettesheim den Damen und Herren Daniela Bethäuser, Lennart Brohm, Franziska Buhmann, Laura Dias de Almeida, Laurenz Eichhorn, Jakob Fabian, Lars-Henrik Kahle, Anna Marx, Lorenz Moser, Cecilia Rademacher, Lilli Sattlegger, Maya Schleicher, Oliver Schmidt und Leonie Schmitt. Ebenso danken wir unseren Lesern für willkommene Anregungen. Künftige Nachrichten werden an classen@uni-greifswald.de bzw. an mail@nettesheim.org erbeten.

Wir danken Herrn Dr. Philipp Thomé und Frau Annika Storck vom Verlag C.H. Beck und deren Umgebung für die Zusammenarbeit. Möge das Buch wie bisher ein nützlicher Beitrag für die Juristenausbildung sein und der juristischen und politischen Praxis dienen.

Greifswald und Tübingen, im Juni 2024

Claus Dieter Classen – Martin Nettessheim


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLIX

1. Teil. Grundlagen der Europäischen Union	1
§ 1. Geschichtliche Entwicklung der Europäischen Integration	1
§ 2. Theoretische Grundlagen der Integration	18
§ 3. Organe der Europäischen Union	31
§ 4. Weitere Institutionen der Europäischen Union	77
§ 5. Personal	85

2. Teil. Integration durch Recht	93
§ 6. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts	93
§ 7. Rang des Unionsrechts	140
§ 8. Rechtshandeln der EU-Institutionen	156
§ 9. Durchführung und Vollzug des Unionsrechts	183
§ 10. Rechtsschutz und Rechtsverfolgung in der Europäischen Union	203
§ 11. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten	246
§ 12. Grundfragen der Rechtsangleichung und -harmonisierung	255

3. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger	281
§ 13. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU	281
§ 14. Unionsbürgerschaft	303
§ 15. Europäische Grundrechte	316

4. Teil. Fiskal-, Wirtschafts- und Währungsverfassung	357
§ 16. Finanzordnung	357
§ 17. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik	375
§ 18. Währungsunion	397
§ 19. Steuern	407

5. Teil. Die Grundfreiheiten des Binnenmarkts	429
§ 20. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr	429
§ 21. Freier Dienstleistungsverkehr	448
§ 22. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	460
§ 23. Niederlassungsfreiheit	480
§ 24. Kapital- und Zahlungsverkehr	496

6. Teil. Wirtschaft und Märkte	506
§ 25. Wettbewerbsrecht und Unternehmen	506
§ 26. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge	531
§ 27. Landwirtschaft und Fischerei	561

§ 28. Verkehr	572
§ 29. Finanzmärkte	585
§ 30. Weitere wirtschaftsrechtliche Gebiete: Gesellschaftsrecht, geistiges Eigentum, Digitalisierung	595
7. Teil. Sicherheit und Schutz	607
§ 31. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik	607
§ 32. Verbraucherschutz	617
§ 33. Datenschutz	622
§ 34. Gesundheit	626
8. Teil. Umwelt und Energie	634
§ 35. Umweltschutz	634
§ 36. Energie	649
9. Teil. Kultur und Sport	657
§ 37. Forschung, Bildung und Sport	657
§ 38. Kultur und Medien	663
10. Teil. Die Europäische Union und ihr Umfeld	670
§ 39. Personen: Drittstaatsangehörige in der Union	670
§ 40. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen	675
§ 41. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	690
§ 42. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	707
§ 43. Europäische Assoziation – Nachbarschaftspolitik	729
§ 44. Beitritt – Austritt	736
Sachverzeichnis	753

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLIX

1. Teil. Grundlagen der Europäischen Union

§ 1. Geschichtliche Entwicklung der Europäischen Integration

<i>(Classen)</i>	1
I. Die europäische Idee bis zur Gründung der EGKS 1952	1
1. Der europäische Gedanke bis 1919	2
2. Vorüberlegungen zur Europäischen Integration 1919–1945	3
3. Die Entwicklung der Europäischen Idee nach 1945	3
a) Züricher Rede Churchills 1946 und Europäische Bewegung	4
b) Erste Organisationsgründungen	4
II. Die europäische Wirtschaftsintegration 1952–1992	5
1. Entstehung der Europäischen Gemeinschaften: 1950–1958	6
2. Wandel der „EG-Philosophie“ vom Föderalismus zum Pragmatismus: 1958–1969	7
a) Erfolge bei der Wirtschaftsintegration	7
b) Probleme auf der politischen Ebene	7
3. In kleinen Schritten in Richtung Europäischer Union: 1970–1985	8
4. Binnenmarktprozess und andere Entwicklungen: 1985–1992	9
III. Die Herausbildung der Politischen Union: 1992 bis heute	10
1. Gründung der Europäischen Union (Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001) und Osterweiterungen	10
2. EU-Reform 2001–2009 („Post-Nizza-Prozess“)	12
3. Jüngere Herausforderungen	13
a) Die Schuldenkrise ab 2009	13
b) Der Flüchtlingszustrom ab 2015	14
c) Der Brexit ab 2016	15
d) Der „green deal“ ab 2020	15
e) Die Covid 19-Pandemie ab 2020	15
f) Der russische Angriff auf die Ukraine ab 2022	16
IV. Ausblick: Die Union vor schweren Herausforderungen	16

§ 2. Theoretische Grundlagen der Integration *(Classen/Nettesheim)* 18

I. Überblick	18
II. Das Ziel der Integration: In welche Richtung soll die Integration gehen?	19
1. Langfristige Perspektiven: Zwischen Kooperationsverbund und Europäischer Föderation	19
2. Perspektiven mittlerer Reichweite: „Besseres Regieren“	21
III. Der Verlauf der Integration: Wie erklärt sich der Prozess?	23
1. Funktionalismus, Realismus, Neoliberalismus	24
2. Konstruktivistische Perspektiven	25

a) Die Maßgeblichkeit geschichtlicher, kultureller, normativer und sozialer Rahmengenheiten	25
b) Unterschiedliche Rechtskulturen	25
c) Institutionelle Veränderungen	26
d) Entwicklung genuin europäischer Ideen, Normen und Konventionen	26
3. Pfadabhängigkeiten und „lock-ins“	26
IV. Der Stand des Erreichten: Was ist die Europäische Union?	27
1. Die Art des Verbunds: Zwischen Quasi-Föderation und Staatenclub	27
2. Die Qualität des Verbunds	28
a) Rechtsgemeinschaft	28
b) Wertegemeinschaft	29
c) Die Sicherung von Frieden und Wohlstand	30
V. Ausblick	31
§ 3. Organe der Europäischen Union (Nettesheim)	31
I. Überblick	32
1. Die Organe der EU	32
2. Weitere Einrichtungen	33
3. Standorte der Institutionen	34
4. Sprachenregime der Europäischen Union	34
a) Sprachliche Geltung der Verträge (Vertragssprachen)	35
b) Regelung der Amtssprachen und Arbeitssprachen	35
II. Gewaltenteilung und Funktionenverschränkung	37
1. Funktionen und Institutionen	37
2. Institutionelles Gleichgewicht	38
III. Die Organe der Union	38
1. Das Europäische Parlament (EP)	38
a) Die Institution des Europäischen Parlaments	41
aa) Zusammensetzung des Parlaments	41
bb) Wahlverfahren	41
cc) Status der Abgeordneten	42
dd) Organisation und Geschäftsgang	43
(1) Wahl- und Sitzungsperiode	43
(2) Präsidium	43
(3) Generalsekretariat	43
(4) Fraktionen und Ausschüsse	43
(5) Bürgerbeauftragter	44
(6) Interparlamentarische Zusammenarbeit	44
b) Beschlussverfahren des Europäischen Parlaments	44
c) Aufgaben des Europäischen Parlaments	45
aa) Rechtsetzung	45
bb) Haushaltsrecht	46
cc) Kurationsrechte	46
dd) Kontrollrechte	47
(1) Kontrolle der Kommission	47
(2) Kontrolle gegenüber dem Rat	47
(3) Klagerechte beim Gerichtshof	48

d) Politische Parteien auf europäischer Ebene	48
2. Der Europäische Rat	48
a) Die Institution des Europäischen Rats	50
b) Beschlussverfahren des Europäischen Rats	50
c) Aufgaben des Europäischen Rates	51
3. Der Rat	51
a) Die Institution des Rats	52
aa) Zusammensetzung und Leitung	52
bb) Status der Vertreter der MS	53
cc) Organisation und Geschäftsgang	54
(1) Generalsekretariat	55
(2) Der Ausschuss der Ständigen Vertreter	55
b) Beschlussverfahren im Rat	55
aa) Einfache Mehrheit	56
bb) Qualifizierte Mehrheit	56
cc) Einstimmigkeit	56
c) Aufgaben und Funktionen des Rates	57
aa) Gubernativfunktionen	57
bb) Rechtsetzung	57
cc) Haushalt	57
dd) Ernennungen – Kreativebefugnisse	58
ee) Rechtskontrolle und sonstige Kontrolle	58
ff) Außenbeziehungen	58
gg) Vertragsergänzungen und -änderungen	59
d) Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten	59
4. Die Kommission	59
a) Die Institution der Kommission	60
aa) Zusammensetzung der Kommission	60
bb) Ernennung	61
cc) Der Status der Kommissare	62
dd) Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik (HV) ..	62
ee) Organisation und Geschäftsgang	63
(1) Generalsekretariat, Generaldirektionen und Dienste	64
(2) Ausschüsse bei der Kommission („Komitologie“)	65
b) Beschlussverfahren der Kommission	66
aa) Kommissionskollegium	66
bb) Vereinfachtes Beschlussverfahren	66
c) Aufgaben und Funktionen der Kommission	66
aa) Gubernativfunktionen	66
bb) Rechtsetzung – Haushaltsgesetzgebung	67
(1) Das Vorschlagsrecht zur Rechtsetzung	67
(2) Haushaltsverfahren und Vertragsänderung	67
(3) Selbständige Rechtsetzungsbefugnisse	67
(4) Empfehlungen und Stellungnahmen	68
cc) Außenbeziehungen	68
dd) Verwaltung	68
(1) Erlass von Durchführungsrecht	68
(2) Einzelfallanwendung	69

ee) Kontrollrechte	69
5. Europäische Gerichtsbarkeit (EuGH und EuG)	69
a) Träger der rechtsprechenden Gewalt	71
aa) Der Gerichtshof (EuGH)	71
(1) Richter und Präsident des Gerichtshofes	71
(2) Plenum, Große Kammer und Kammern des Gerichtshofes	71
(3) Generalanwälte	72
(4) Kanzler	72
bb) Das Gericht (EuG)	72
cc) Fachgerichte	73
b) Aufgaben der europäischen Gerichtsbarkeit	73
6. Der Rechnungshof (RH)	74
a) Die Institution des Rechnungshofs	74
b) Aufgaben und Befugnisse	75
IV. Ausblick	76
§ 4. Weitere Institutionen der Europäischen Union (<i>Nettesheim</i>)	77
I. Beratende Institutionen mit Verfassungsrang	77
1. Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)	77
a) Die Institution des WSA	78
aa) Zusammensetzung	78
bb) Organisation	79
b) Aufgaben und Befugnisse	79
2. Ausschuss der Regionen (AdR)	80
a) Die Institution des AdR	80
aa) Zusammensetzung	80
bb) Organisation	81
b) Aufgaben und Befugnisse	81
II. Sonstige Einrichtungen	81
1. Organisationsgewalt der Europäischen Union	81
2. Das Spektrum weiterer EU-Einrichtungen	83
a) Dezentrale Unionsagenturen	83
b) Agenturen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	84
c) Exekutivagenturen und weitere Typen	84
III. Ausblick	85
§ 5. Personal (<i>Classen</i>)	85
I. Notwendigkeit eines Europäischen Öffentlichen Dienstes	85
II. Grundlagen des europäischen Dienstrechts	86
1. Zur Grundstruktur des Europäischen Öffentlichen Dienstes	86
2. Rechtsgrundlagen	86
3. Laufbahnprinzip und Beförderungssystem	86
4. Auswahlverfahren	87
III. Status der Europabeamten	88
1. Begründung des Beamtenverhältnisses	88
2. Loyalitätspflichten und Disziplinarrecht	88

3. Statusrechte	89
4. Rechtsschutz	90
5. Beendigung des Beamtenverhältnisses	90
IV. Sonstige Europabedienstete	90
V. Kollektives Dienstrecht	91
1. Personalvertretung	91
2. Koalitionsrecht	91
a) Dialog Berufsverbände – Unionsorgane	91
b) Zum Streikrecht	92
VI. Ausblick: Europäische und internationale Bedienstete	92

2. Teil. Integration durch Recht

§ 6. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts

<i>(Nettesheim)</i>	93
I. Die autonome und einheitliche Rechtsordnung des EU-Rechts	93
1. Der Rechtskorpus des „Unionsrechts“	93
2. Kennzeichen der Unionsrechtsordnung	94
a) Der Anspruch auf „Autonomie“	94
b) Vergemeinschaftung des Rechtserzeugungsprozesses	97
c) Supranationalität	97
d) Insbesondere: Geltung, unmittelbare Anwendbarkeit und Wirkung des Unionsrechts	98
II. Primärrecht	99
1. Die Verträge	100
2. Ungeschriebenes primäres Unionsrecht	101
a) Gewohnheitsrecht	102
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	103
aa) Entwicklung der allgemeinen Rechtsgrundsätze	103
bb) Bestand an allgemeinen Rechtsgrundsätzen	104
cc) Anwendungsbereich und Wirkweise der allgemeinen Rechtsgrundsätze	105
(1) Normhierarchischer Rang	105
(2) Unmittelbare Anwendbarkeit	106
(3) Anwendungsbereich	106
3. Vertragsänderungen und Vertragsergänzungen	107
a) Vertragsänderung	108
b) Sonstige Vertragsergänzungen und -anpassungen	110
III. Sekundäres Unionsrecht	110
1. Das Primärrecht als Grundlage und Grenze von sekundärem Unionsrecht	110
2. Außensteuerung im Bereich des AEUV und des EAGV	111
a) Rechtsinstrumente – Überblick	111
b) Verordnung	112
aa) Verordnungsgeber	113
bb) Allgemeine Geltung und Verbindlichkeit	113
cc) Unmittelbare Geltung und Anwendungsvorrang	113
dd) Adressaten der Verordnung	114

c)	Richtlinie	114
aa)	Die Richtlinie in der Praxis – Entwicklungen	115
bb)	Richtliniengeber	116
cc)	Grundsätzliche Pflicht zur Umsetzung in nationales Recht	116
(1)	Verbindlichkeit	116
(2)	Gebot vollständiger und effektiver Umsetzung	118
(3)	Sperrwirkung	118
dd)	Unmittelbare Wirkung bestimmter Richtlinien	119
(1)	Umsetzungsverstoß nach Fristablauf	119
(2)	Inhaltliche Voraussetzungen	119
(3)	Strukturelle Voraussetzungen	120
d)	Beschluss	122
aa)	Beschlussfassendes Organ	122
bb)	Adressaten des Beschlusses	123
cc)	Rechtswirkungen des Beschlusses	123
dd)	Förmlichkeiten	123
e)	Empfehlung und Stellungnahme	123
aa)	Erlass von Empfehlungen und Stellungnahmen	124
bb)	Rechtscharakter	124
cc)	Adressaten	125
f)	Weiche Steuerungsformen	125
aa)	Verträge	126
bb)	Methode der offenen Koordinierung	126
cc)	Veranlassung zur Selbstregulierung	127
3.	Außensteuerung im Bereich der GASP	127
4.	Rechtsinstrumente zur Selbstorganisation des Integrationsverbands	128
a)	Überblick	128
b)	Beschlüsse	129
c)	Entschließungen	129
d)	Beschlüsse der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten	130
e)	Interinstitutionelle Vereinbarungen	130
f)	Sonstige Akte ohne Rechtsverbindlichkeit	131
IV.	Völkerrecht im Unionsrecht	131
1.	Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	132
2.	Völkerrechtliche Verträge	133
a)	EU-Abkommen	133
b)	Abkommen der Mitgliedstaaten	133
V.	Auslegung des Unionsrechts	134
1.	Unionsrechtliche Auslegungsmethoden zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht	134
2.	Wortlautargumente	135
3.	Der systematische Kontext	136
4.	Historische Auslegung	137
5.	Teleologische Argumente	137
6.	Vertretbare, überzeugende und zwingende Entscheidungen	138
VI.	Ausblick	139

§ 7. Rang des Unionsrechts (<i>Nettesheim</i>)	140
I. Normenkollisionen zwischen EU-Recht und nationalem Recht	140
1. Der Vorranganspruch des Unionsrechts	141
a) Verfassungsähnliche Gründung einer autonomen Unionsrechtsordnung	141
b) Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	142
c) Die europarechtliche Theorie in den Mitgliedstaaten	143
2. Die Akzeptanz des Vorrangs des Unionsrechts in der Rechtsprechung der Mitgliedstaaten	144
a) Deutschland	144
aa) Schutz der Verfassungsidentität	145
bb) Demokratische Legitimation der EU	146
cc) Einhaltung der Kompetenzgrenzen	146
dd) Grundrechtsschutz	147
b) Andere Mitgliedstaaten	148
aa) Unbeschränkte Anerkennung des Vorrangs	148
bb) Qualifizierte Anerkennung des Vorrangs	149
cc) Grundsätzlicher Vorrang des Verfassungsrechts	150
3. Konsequenzen des Vorrangs: Unionsrechtskonforme Auslegung sowie Unanwendbarkeit des nationalen Rechts („Anwendungsvorrang“) im Konfliktfall	151
II. Normenhierarchie innerhalb des Unionsrechts	153
1. Rang und Vorrang des Primärrechts	153
2. Rangstufen innerhalb des Sekundärrechts	155
III. Ausblick	155
§ 8. Rechtshandeln der EU-Institutionen (<i>Nettesheim</i>)	156
I. Kompetenzen	157
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	157
2. Formen der Kompetenzbegründung	159
a) Art. 352 AEUV	159
b) Implied-Powers-Lehre	160
3. Arten der Kompetenzen	161
4. Der Sonderfall der verstärkten Zusammenarbeit	162
5. Kompetenzausübungsregeln	164
a) Subsidiaritätsprinzip	164
b) Verhältnismäßigkeitsprinzip	166
II. Delegation von Befugnissen	167
1. Delegierte Rechtsetzung (Art. 290 AEUV)	167
2. Durchführungsrechtsetzung (Art. 291 AEUV)	168
3. Sonstige Delegation	169
III. Das Verfahren der Rechtsetzung	170
1. Die Wandlungen des Verfahrensrechts	170
2. Die Verfahrensarten: Überblick und Abgrenzungen	170
3. Ausgewählte Typen des Rechtsetzungsverfahrens	172
a) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 294 AEUV)	172
aa) Gesetzgebungsinitiative	172
bb) Erste Lesung im Parlament	173

cc) Behandlung im Rat	173
dd) Zweite Lesung im Parlament	174
ee) Zweite Lesung im Rat	175
ff) Vermittlungsverfahren	175
b) Das besondere Gesetzgebungsverfahren	177
aa) Das Konsultationsverfahren	177
bb) Das Zustimmungsverfahren	177
c) Sonstige Rechtsetzungsverfahren	178
IV. Die Form der Rechtsetzung	178
1. Die Bezeichnung der Rechtsakte	178
2. Begründungspflicht	178
3. Veröffentlichung, Bekanntgabe und Inkrafttreten	180
a) Veröffentlichung und Bekanntgabe	180
b) Inkrafttreten	181
V. Bestandskraft, Änderung und Außerkrafttreten von Unionsrecht	181
1. Gültigkeit	181
2. Berichtigung von Rechtsakten	182
3. Änderung von Rechtsakten	182
VI. Ausblick	183
§ 9. Durchführung und Vollzug des Unionsrechts (Nettesheim)	183
I. Rahmenbedingungen des Vollzugs von Unionsrecht	183
1. Allgemeines	183
2. Die Entstehung eines europäischen Verwaltungsrechts	185
II. Direkte und indirekte Durchführung des Unionsrechts	187
1. Vollzug durch EU-Behörden (EU-Eigenverwaltung)	187
a) Organisationsgewalt	188
b) Vorgaben für Verwaltungsorganisation, -verfahren und anwendbares Recht	188
c) Zugang zu Dokumenten	190
2. Durchführung durch mitgliedstaatliche Behörden	191
a) Rechtsprinzip der Durchführungszuständigkeit der Mitgliedstaaten?	192
aa) Die Mitgliedstaaten zwischen Freiheit und Bindung	192
bb) Vollzug von Unionsrecht durch Bundesländer und Gemeinden	194
b) Vorgaben für die mitgliedstaatliche Durchführung des Unionsrechts	195
c) Vollzugsdefizite	196
aa) Sanktionen gegenüber Mitgliedstaaten	197
bb) Der Staatshaftungsanspruch	198
3. Herausforderungen für die Einwirkung des EU-Verwaltungsrechts	198
a) Grundsatzfragen	198
b) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das allgemeine nationale Verwaltungsrecht	200
III. Vollstreckung des Unionsrechts	201
IV. Sanktionen gegenüber Privatpersonen	201
V. Ausblick	203

§ 10. Rechtsschutz und Rechtsverfolgung in der Europäischen Union	
<i>(Classen)</i>	203
I. Grundlagen der Rechtsschutzgewährung	204
1. Funktionen des Rechtsschutzes	204
2. Das Recht auf gerichtlichen Rechtsschutz	205
a) Rechte als Grundlage eines Rechts auf Zugang zu einem Gericht ..	205
b) Das Recht auf ein gesetzliches und unabhängiges Gericht	206
c) Weitere Anforderungen an das gerichtliche Verfahren	208
aa) Anforderungen an den Zugang zu Gericht	208
bb) Das Recht auf ein faires Verfahren	209
cc) Das Recht auf eine effektive Kontrolle	209
dd) Das Recht auf zeitgerechten Rechtsschutz	209
d) Verbindlichkeit und Durchsetzung einer Gerichtsentscheidung ..	210
II. Der europäische Rechtsschutzverbund	210
1. Zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes durch nationale	
Gerichte	211
a) Grundprinzipien	211
b) Herausforderungen für den nationalen Rechtsschutz	212
2. Verhältnis europäischer und nationaler (deutscher)	
Gerichtszuständigkeit	214
3. Horizontale Justizkooperation im europäischen Rechtsraum: zum	
Verhältnis zwischen den verschiedenen nationalen Gerichtsbarkeiten	216
a) Der „freie Urteilsverkehr“ im Rahmen der Zivilgerichtsbarkeit ...	216
b) Justizkooperation und gegenseitige Anerkennung im	
Strafverfahren	218
c) Eurojust und Europäische Staatsanwaltschaft (Art. 86 AEUV) ...	221
d) Der Verweis auf Rechtsschutz im Ausland im öffentlichen Recht ..	221
III. Allgemeine Prinzipien der Rechtsschutzgewährung durch die europäische	
Gerichtsbarkeit	221
1. Rechtsgrundlagen	222
2. Zum Zuständigkeitskatalog der europäischen Gerichtsbarkeit	222
a) Die Zuständigkeiten der europäischen Gerichtsbarkeit	222
b) Zu den Funktionen der europäischen Gerichtsbarkeit	223
3. Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der europäischen	
Gerichtsbarkeit	224
4. Zu Umfang und Intensität der gerichtlichen Prüfung	224
5. Prozessverfahren	225
a) Schriftliches Verfahren	225
b) Mündliches Verfahren	225
c) Verfahrensdauer	226
6. Urteile und ihre Wirkungen	226
7. Rechtsmittel	227
IV. Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten (Art. 258f. AEUV)	227
1. Wesen des Verfahrens	228
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	228
a) Beteiligte und Streitgegenstand	228
b) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	229
aa) Mahnschreiben	229

bb) Mit Gründen versehene Stellungnahme	229
3. Urteil	230
V. Nichtigkeitsklage und Untätigkeitsklage (Art. 263, 265 AEUV)	231
1. Wesen der Verfahren	231
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	231
a) Klagevoraussetzungen	231
aa) Kläger und Beklagte	231
bb) Klagebefugnis	231
cc) Klagegegenstand: Anfechtbare Handlungen	232
dd) Klagegründe	232
(1) Unzuständigkeit	233
(2) Verletzung wesentlicher Formvorschriften	233
(3) Verletzung des Vertrages oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm	233
(4) Ermessensmissbrauch	233
ee) Klagefrist	233
ff) Ordnungsgemäße Klageerhebung	234
b) Begründetheitsprüfung und Urteil	234
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	234
4. Besonderheiten der Nichtigkeits- und der Untätigkeitsklage natürlicher und juristischer Personen (Art. 263 Abs. 4 und 5, 265 Abs. 3 AEUV)	235
a) Klageberechtigter Personenkreis	235
b) Anfechtbare Rechtsakte/angreifbare Untätigkeit	236
aa) An den Kläger gerichtete bzw. zu richtende Entscheidungen (Art. 263 Abs. 4 Var. 1 AEUV)	236
bb) Den Kläger unmittelbar und individuell betreffende Handlungen (Art. 263 Abs. 4 Var. 2 AEUV)	236
cc) Rechtsakte mit Ordnungscharakter, die keine Durchführungsmaßnahmen nach sich ziehen (Art. 263 Abs. 4 Var. 3 AEUV)	237
dd) Sonstige Normativakte	238
VI. Amtshaftungsklage (Art. 268 AEUV)	239
VII. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	239
1. Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	239
a) Verzahnung nationaler und europäischer Gerichtsbarkeit	239
b) Autoritative Auslegung und Gültigkeitskontrolle	240
2. Voraussetzungen einer Vorlage	240
a) Vorlageberechtigte Stelle: „Gericht“	240
b) Zulässige Frage: Auslegung von Unionsrecht, Gültigkeit von Sekundärrecht	241
c) „Entscheidungserheblichkeit“ der europäischen Norm	242
3. Vorlagepflichten	242
a) Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	242
b) Ausnahmen von dieser Vorlagepflicht	242
c) Vorlagepflicht aller Gerichte bei Gültigkeitsfragen	243
d) Vorlagepflicht aller Gerichte von Verfassungen wegen?	243
e) Rechtsfolgen der Missachtung der Vorlagepflicht	243
4. Verfahren und Folgen der Vorabentscheidung	243

a) Verfahrensrechtliche Aspekte	243
b) Urteil	244
5. Durchsetzung der Vorlagepflicht durch BVerfG und EGMR	244
VIII. Gewährleistung einstweiligen Rechtsschutzes	245
IX. Ausblick	246

§ 11. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten

<i>(Classen)</i>	246
I. Haftung der EU im Inneren	247
1. Vertragliche Haftung der EU	247
2. Außervertragliche Haftung der EU (Art. 340 Abs. 2 AEUV)	247
a) Haftbare Stellen und Haftung auslösendes Handeln	248
b) Verletzung Rechte Einzelner	249
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	249
d) Schaden	249
e) Kausalzusammenhang von Schaden und Rechtsverstoß	250
f) Persönliche Haftung der EU-Bediensteten	250
II. Haftung der Mitgliedstaaten bei Verletzungen des Unionsrechts	250
1. Grundsatzfragen	251
2. Die einzelnen Anspruchsvoraussetzungen	252
a) Haftbare Stellen	252
b) Verletzung Rechte Einzelner	253
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	253
d) Kausal verursachter Schaden	254
3. Ergänzende Haftung bei Vertrauensschutz?	255
III. Ausblick	255

§ 12. Grundfragen der Rechtsangleichung und -harmonisierung

<i>(Classen)</i>	255
I. Grundsatzfragen der Rechtsharmonisierung in der EU	255
1. Bedeutung und Probleme der Rechtsharmonisierung	255
2. Entwicklung der europäischen Rechtsharmonisierung	257
3. Begriffliches und Instrumentelles: Rechtsharmonisierung und Rechtsangleichung durch Verordnungen und Richtlinien	257
4. Rechtsangleichung und Kompetenzordnung	258
5. Zur Fortentwicklung harmonisierten Rechts	261
6. Richterrechtliche Rechtsangleichung	261
II. Europäisches Recht und nationale Rechtskulturen	262
1. Europäisches Recht und nationales Recht	262
2. Europäisches Recht und nationale Rechtstraditionen	263
3. Grundfragen der Rechtsharmonisierung im Privatrecht	265
4. Grundfragen der Rechtsharmonisierung im Strafrecht	266
5. Grundfragen der Rechtsharmonisierung im Öffentlichen Recht	268
III. Gegenseitige Anerkennung in Ergänzung und als Alternative zur Rechtsharmonisierung	269
IV. Rechtsangleichung im Binnenmarkt (Art. 114 AEUV)	271
1. Voraussetzungen der Rechtsangleichung	272
a) Regelungsziel: Errichtung und Funktionieren des Binnenmarktes	272

b) Regelungsgegenstand: Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften	274
c) Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	274
2. Rechtsfolgen der Rechtsangleichung – nationale Alleingänge	274
V. Rechtsharmonisierung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR; Art. 67 ff. AEUV)	275
1. Grundfragen des RFSR	276
a) Die Leitidee	276
b) Inhaltliche Elemente des RFSR	277
c) Sonderregelungen im Bereich des RFSR	277
2. Zivilrechtliches Kollisionsrecht	278
a) Schuldrechtliches Kollisionsrecht	278
b) Kollisions- und Verfahrensrecht im Familien- und Erbrecht	279
VI. Ausblick: Rechtsangleichung – eine „unendliche Geschichte“	280

3. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger

§ 13. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU (<i>Nettesheim</i>)	281
I. Legitimität der EU in Zeiten der Krise	281
II. Demokratische Legitimität der EU	284
1. Die Legitimationskonstruktion der frühen Jahre: Output-Orientierung und Einstimmigkeitserfordernis im Rat	284
2. Die Suche nach angemessenen Legitimationsmustern	285
3. Die Architektur unionaler Demokratie	289
a) Gemeinwohldienliches Regieren („Output“) als Ausdruck von „Input“, Verfahren und Kontrolle	290
b) Gemeinwohlerzielsetzung durch repräsentative Amtsführung	293
c) Vor-institutionelle Voraussetzungen europäischer Demokratie	295
III. Rechtsstaats- und Demokratiesicherung im Verbund	297
IV. Perspektiven der Legitimationssuche	301
§ 14. Unionsbürgerschaft (<i>Nettesheim</i>)	303
I. Die Herausbildung eines Bürgerstatus	303
II. Inhaltliche Dimensionen des „Grundstatus“ der Unionsbürgerschaft	305
III. Freizügigkeit: Schutz der positiven und der negativen Freiheit	306
1. Persönlicher Anwendungsbereich	307
2. Sachlicher Anwendungsbereich	307
a) Schutz der Freiheit zur grenzüberschreitenden Mobilität	307
b) Schutz des Rechts zum Bleiben	309
3. Beeinträchtigung	309
4. Schranken	310
IV. Das Recht auf Gleichbehandlung (Art. 21 iVm Art. 18 AEUV)	310
V. Die Einwirkung der Unionsbürgerschaft auf das mitgliedstaatliche Staatsangehörigkeitsrecht	313
VI. Die politische Dimension der Unionsbürgerschaft	314
1. Wahlrecht bei Kommunalwahlen und zum Europäischen Parlament	314
2. Diplomatischer und konsularischer Schutz	315

3. Petitions- und sprachliche Rechte	315
VII. Ausblick	315
§ 15. Europäische Grundrechte (Classen/Nettesheim)	316
I. Die Herausbildung der Unionsgrundrechte	316
II. Grundlagen der EU-Grundrechtecharta	318
1. Allgemeines	318
2. Berechtigte und Verpflichtete	320
a) Verpflichtete	320
b) Berechtigte	322
3. Inhalt der Grundrechte	323
a) Grundrechte als Abwehrrechte: Schutzbereich – Eingriff – Schranken	323
b) Grundrechtliche Leistungs- und Schutzpflichten	325
III. Die anderen Grundlagen des EU-Grundrechtsschutzes	326
1. Die EMRK	326
a) Grundlagen der EMRK	326
b) Dogmatik der EMRK	327
c) Die Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz der EU ..	329
2. Das Verhältnis der in Art. 6 EUV genannten Rechtsquellen zueinander	330
IV. Europäischer und nationaler Grundrechtsschutz	332
V. Einzelne Grundrechte	333
1. Fundamentalgarantien	333
a) Die Menschenwürde (Art. 1 GRCh)	333
b) Recht auf Leben (Art. 2 Abs. 1 GRCh, Art. 2 EMRK) – Verbot der Todesstrafe (Art. 2 Abs. 2 GRCh, Art. 1, 6. ZP und 13. ZP)	333
c) Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung (Art. 4 GRCh, Art. 3 EMRK) sowie von Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 5 GRCh, Art. 4 EMRK)	334
2. Freiheitsrechte	334
a) Recht auf Achtung der Privatsphäre (Art. 7 und 8 GRCh, Art. 8 EMRK, Art. 16 AEUV)	335
b) Schutz des Familienlebens und der Eheschließung (Art. 7 und 9 GRCh, Art. 8 und 12 EMRK; vgl. auch Art. 24 GRCh)	336
c) Schutz der Wohnung und Freiheit des Briefverkehrs (Art. 7 GRCh, Art. 8 EMRK)	337
d) Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 10 GRCh, Art. 9 EMRK)	337
e) Meinungs- und Medienfreiheit (Art. 11 und 13 GRCh, Art. 10 EMRK)	339
f) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 12 GRCh, Art. 11 EMRK)	340
g) Berufs- und Unternehmensfreiheit (Art. 15, 16 GRCh)	340
h) Schutz des Eigentums (Art. 17 GRCh, Art. 1 des 1. ZP)	341
i) Freizügigkeit, Asyl und Ausweisungsschutz (Art. 18f., 45 GRCh, Art. 2–4, 4. ZP; Art. 1 des 7. ZP)	342
3. Ansprüche auf Gleichbehandlung	343

a)	Allgemeiner Gleichheitssatz	343
b)	Besondere Gleichheitssätze und Gleichstellungspolitik der EU	343
4.	Soziale Rechte	348
5.	Justizgarantien	349
a)	Recht auf ein faires gerichtliches Verfahren (Art. 47 GRCh, Art. 6, 13 EMRK, Art. 2–4 des 7. ZP)	349
b)	Speziell strafrechtsbezogene Garantien	349
aa)	Garantien betreffend das Strafverfahren (Art. 47f. GRCh, Art. 6 und Art. 2 ZP 7 EMRK)	349
bb)	Garantien betreffend das materielle Strafrecht („Nulla poena sine lege“, „Ne bis in idem“ – Art. 49f. GRCh, Art. 7 EMRK und Art. 1 des 4. ZP)	350
c)	Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 6 GRCh, Art. 5 EMRK)	351
VI.	Die äußere Überwachung: EGMR und nationale Verfassungsgerichte	352
1.	Schutz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	352
a)	Organisation des Gerichtshofes	353
b)	Zuständigkeiten und Verfahren	353
c)	Urteile des EGMR und ihre Folgen	354
d)	Die Kontrolle von Unionsrecht durch den EGMR	354
2.	Schutz durch die nationale Verfassungsgerichtsbarkeit	355
VII.	Ausblick	355
4. Teil. Fiskal-, Wirtschafts- und Währungsverfassung		
§ 16.	Finanzordnung (<i>Nettesheim</i>)	357
I.	Wesen und Dimension der EU-Finanzordnung	357
II.	Haushalt der Europäischen Union	359
1.	Entwicklung des Haushaltswesens der EU	360
2.	Grundlinien des EU-Haushaltsrechts	362
a)	Rechtsgrundlagen	362
aa)	Eigenmittelbeschluss und Haushaltsrecht	362
bb)	Jährlicher EU-Gesamthaushalt	363
cc)	Haushaltsjahr	363
dd)	Nothaushalt	363
b)	Haushaltsgrundsätze	363
3.	Haushaltseinnahmen der Europäischen Union	364
a)	Die Eigenmittel	364
b)	Sonstige Haushaltstitel	366
4.	Haushaltsausgaben der Europäischen Union	366
a)	Kompetenzielle Begrenzung der Ausgaben	366
b)	Mehrfähriger Finanzrahmen	367
c)	Die Ausgabenstruktur	367
aa)	Wachstum	367
bb)	Natürliche Ressourcen	367
cc)	Sicherheit und Unionsbürgerschaft	367
dd)	Europa in der Welt	368
ee)	Verwaltungskosten	368

5.	Haushaltsverfahren, Haushaltsvollzug und Haushaltsabschluss	368
a)	Entwurf des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 1 AEUV)	369
b)	Feststellung des Haushaltsplanes	369
c)	Haushaltsvollzug	369
d)	Rechnungslegung und Rechnungsprüfung	369
e)	Entlastung der Kommission	369
III.	Finanzoperationen außerhalb des Haushalts, insbesondere Anleihen und Darlehen	370
1.	Verschuldungskompetenz der EU	370
2.	Finanzierungsinstrumente der EU	371
3.	Europäischer Entwicklungsfonds	373
IV.	Schutz der finanziellen Interessen der EU (Betrugsbekämpfung)	373
V.	Ausblick	374
§ 17.	Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik (<i>Nettesheim</i>)	375
I.	Die Diskussion um die Wirtschaftsverfassung der EU	376
II.	Die Fragmentiertheit der Wirtschaftsordnung	378
1.	Die Verfassung des Binnenmarktes	379
2.	Gestaltende Politik der EU – zwischen Liberalität und Interventionismus	379
III.	Allgemeine Wirtschaftspolitik der EU	381
1.	Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten	382
2.	Die Stärkung der fiskal- und haushaltspolitischen Disziplin	384
a)	Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	384
b)	Der Ausbau des Stabilisierungsregimes	385
c)	Auf dem Weg zu einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“?	387
3.	Die „Rettungsmechanismen“	388
4.	Die EU auf dem Weg in die Schulden- und Transferunion?	390
IV.	Wirtschaftspolitik durch Kreditvergabe: Die Europäische Investitionsbank (EIB)	390
1.	Gründung und Entwicklung der Europäischen Investitionsbank	390
2.	Status der Europäischen Investitionsbank	391
3.	Aufgaben der EIB	392
V.	Sektorale Wirtschaftspolitiken der EU: Das Beispiel der Regional- und Strukturpolitik	393
1.	Entwicklung	393
2.	Ziele und Instrumente	394
VI.	Ausblick	396
§ 18.	Währungsunion (<i>Nettesheim</i>)	397
I.	Chancen und Risiken der Währungsunion	397
II.	Der rechtliche Rahmen der Europäischen Währungsunion (EWU)	401
1.	Europäische Zentralbank (EZB)	401
a)	Die Institution der EZB	402
aa)	Rat, Direktorium und Präsident	402
bb)	Stimmrechte in der EZB	402
cc)	Die nationalen Zentralbanken	402

b) Die Unabhängigkeit der EZB	403
c) Kapital und Währungsreserven der EZB	403
2. Aufgaben und Ziele des Eurosystems	404
III. Ausblick	406
§ 19. Steuern (Nettesheim)	407
I. Grundlagen	407
1. Verbot der Steuerrückwirkung und Kompetenzen zur Steuerharmonisierung	409
a) Begrenzte Aufgaben der EU im Steuerbereich	409
b) Harmonisierung indirekter Steuern als Schwerpunktbereich	409
c) Harmonisierung direkter Steuern vs. Systemwettbewerb	410
2. Unionssteuern	412
II. Verbot der Steuerrückwirkung (Art. 110 AEUV)	412
1. Die Bedeutung des Diskriminierungsverbots nach Art. 110 AEUV ..	413
a) Sicherung der Wettbewerbsneutralität	413
b) Bestimmungslandprinzip und Diskriminierungsverbot	414
c) Besteuerung „hinter der Grenze“ und Diskriminierungsverbot ...	414
2. Abgrenzung zu anderen Regelungen des Vertrags	415
a) Zollgleiche Abgaben und parafiskalische Abgaben	415
b) Maßnahmen im Sinne von Art. 37 AEUV – Handelsmonopole	415
c) Beihilfen	416
3. Anwendungsvoraussetzungen des Art. 110 Abs. 1 AEUV	416
a) Abgaben im Sinne von Art. 110 AEUV	416
b) Gleichartigkeit der Waren	416
c) Vorliegen einer Schlechterstellung	417
4. Anwendungsvoraussetzungen des Art. 110 Abs. 2 AEUV	417
III. Die Harmonisierung der mitgliedstaatlichen Steuersysteme	418
1. Sinn und Grenzen der EU-Steuerharmonisierung	418
2. EU-Recht und indirekte Steuern	420
3. EU-Recht und direkte Steuern	423
a) Kompetenzen	423
b) Die Besteuerung der Einkünfte natürlicher Personen	424
c) Unternehmensbesteuerung	424
4. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen	426
IV. Ausblick	427

5. Teil. Die Grundfreiheiten des Binnenmarkts

§ 20. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr (Classen)	429
I. Grundlage: Der Binnenmarkt	429
1. Sinn und Zweck der Grundfreiheiten	429
2. Adressaten der Grundfreiheiten	431
3. Struktur der Prüfung der Grundfreiheiten	432
4. Zur Inländerdiskriminierung	434
5. Negative und positive Integration	434
6. Erfolge und Probleme der Marktintegration	434

II. Die Warenverkehrsfreiheit als Kernelement des Binnenmarktes	435
1. Ware	435
2. Unionswaren und Freiverkehrswaren	435
3. Inhalt der Warenverkehrsfreiheit	436
4. Die Entwicklung des freien Warenverkehrs seit 1958	436
III. Marktliberalisierung I: Die Zollunion	436
1. Abschaffung der Binnenzölle (Art. 28 ff. AEUV)	436
2. Abschaffung der Abgaben zollgleicher Wirkung	437
IV. Marktliberalisierung II: Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34 ff. AEUV)	438
1. Anwendungsbereich	438
2. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen	438
3. Verbot der Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen (MgW)	439
a) Definition der MgW für die Wareneinfuhr durch die „Dassonville“-Formel	439
b) Eingrenzungen durch spätere Formeln	440
c) MgW bei der Beschränkung der Warenausfuhr	441
4. Mögliche Rechtfertigung von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW	442
a) Ausnahmen vom Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW nach Maßgabe von Art. 36 AEUV	442
b) Die „Cassis-Doktrin“: Rechtfertigung durch zwingende Erfordernisse des Handelsverkehrs	443
V. Nichtdiskriminierende Umformung staatlicher Handelsmonopole	444
VI. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Warenverkehrs	445
1. Binnenmarktschädliche Aktionen Privater	445
2. Rechtsangleichung im Kontext der Warenverkehrsfreiheit	446
VII. Ausblick	447
§ 21. Freier Dienstleistungsverkehr (Classen)	448
I. Grundlagen: Die Dienstleistungsfreiheit als Teil des Binnenmarktes	448
II. Marktliberalisierung im Bereich des Dienstleistungsverkehrs: Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. AEUV)	449
1. Anwendungsbereich der Dienstleistungsfreiheit	449
a) Dienstleistung	449
b) Ausnahmetatbestand: Ausübung öffentlicher Gewalt	450
c) Grenzüberschreitung der Dienstleistung	450
aa) Aktive Dienstleistungsfreiheit	451
bb) Passive Dienstleistungsfreiheit	451
cc) Korrespondenzdienstleistungsfreiheit	451
d) Keine Harmonisierung durch die Union	451
e) Personeller Anwendungsbereich	452
2. Das Verbot von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	452
3. Rechtfertigung für Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	453
a) Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art. 52 AEUV)	453
b) Immanente Grenzen der zwingenden Allgemeininteressen	454

III. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Dienstleistungsverkehrs	455
1. Grundlagen	455
2. Dienstleistungsrichtlinie	455
3. Berufsbezogene Regelungen	457
a) Anerkennung von Berufsqualifikationen	457
b) Rechtsanwälte und Notare im Besonderen	458
4. Entsenderichtlinie	459
5. Aufenthaltsrechtliche Begleitrechte	459
IV. Ausblick	460
§ 22. Freizügigkeit der Arbeitnehmer (<i>Nettesheim</i>)	460
I. Die Bedeutung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Binnenmarkt	460
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	462
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	463
2. Vorrangiges Sekundärrecht	463
3. Gewährleistungsbereich	463
a) Berechtigte der Arbeitnehmerfreizügigkeit	463
aa) Unionsbürger	463
bb) Türkische Arbeitnehmer	464
cc) Drittstaatsangehörige	465
b) Sachlicher Anwendungsbereich	465
c) Bereichsausnahme nach Art. 45 Abs. 4 AEUV	467
d) Räumlicher Geltungsbereich	468
e) Adressaten der Arbeitnehmerfreizügigkeit	468
4. Gewährleistungsumfang	469
a) Diskriminierungsverbot (Art. 45 Abs. 2 AEUV)	469
b) Beschränkungsverbot	471
5. Rechtfertigung	473
a) Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	473
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses	474
III. Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	475
1. Staatliche Schutzpflichten	475
2. Sekundärrechtliche Herstellung der Freizügigkeit	475
a) Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	475
b) Die Freizügigkeit der Familienangehörigen	476
3. Gleichstellung im Aufenthaltsstaat	477
a) Überblick	477
b) Soziale Begleitrechte	477
c) Der Zugang zur Bildung	478
4. Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	478
IV. Ausblick	480
§ 23. Niederlassungsfreiheit (<i>Nettesheim</i>)	480
I. Die Bedeutung der Niederlassungsfreiheit im Binnenmarkt	481
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung grenzüberschreitender Mobilität	482
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	482

2. Vorrangiges Primär- und Sekundärrecht	482
3. Gewährleistungsbereich	483
a) Berechtigte der Niederlassungsfreiheit	483
aa) Natürliche Personen	483
bb) Gesellschaften	483
b) Sachlicher Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	484
aa) Begriff der Niederlassung	485
bb) Formen der Niederlassung durch Gesellschaften	486
c) Bereichsausnahmen bei Tätigkeiten in Ausübung öffentlicher Gewalt	488
d) Räumlicher Geltungsbereich	488
e) Adressaten der Niederlassungsfreiheit	488
4. Beschränkung der Niederlassungsfreiheit	489
5. Schranken der Niederlassungsfreiheit	491
a) Art. 52 Abs. 1 AEUV: Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	491
b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	492
III. Begleitrechte der Niederlassungsfreiheit	493
IV. Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit	494
V. Ausblick	496
§ 24. Kapital- und Zahlungsverkehr (<i>Nettesheim</i>)	496
I. Grundlagen	497
II. Die primärrechtlichen Regelungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs ..	498
1. Liberalisierung des Kapitalmarktes	498
a) Verhältnis zu den anderen Grundfreiheiten	499
b) Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit	500
aa) Liberalisierung im Binnenmarkt und im Drittstaatsverhältnis	500
bb) Liberalisierung im Drittlandsverhältnis	501
c) Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit	501
d) Rechtfertigung von Beschränkungen der Kapitalverkehrs- freiheit	502
2. Gewährleistungspflichten	504
3. Freiheit des Zahlungsverkehrs	504
III. Ausblick	505
6. Teil. Wirtschaft und Märkte	
§ 25. Wettbewerbsrecht und Unternehmen (<i>Classen</i>)	506
I. Grundlagen	506
1. Wettbewerb als Element des Binnenmarktes	506
2. Zur Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts	508
3. Grundbegriffe des europäischen Wettbewerbsrechts	509
a) Adressaten des Wettbewerbsrechts	509
b) Relevanter Markt	511
c) Zwischenstaatsklausel	511
d) Bereichsspezifische Regeln	512

II. Das Kartellverbot und seine Ausnahmen (Art. 101 AEUV)	512
1. Grundstruktur	512
a) Kartellbegriff	513
b) Wettbewerbsbeschränkung	513
c) Spürbarkeitsklausel	514
d) Ausnahme nach Abs. 3	514
e) Rechtsfolgen des Kartellverbots	515
2. Einzelheiten zu horizontalen und vertikalen Vereinbarungen	515
a) Horizontale Vereinbarungen	515
b) Vertikale Vereinbarungen	516
III. Der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	517
1. Marktbeherrschende Stellung	517
2. Missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung	518
3. Folgen eines Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	519
IV. Die Fusionskontrolle (FusK)	519
1. Entstehung und Entwicklung der europäischen Fusionskontrolle	520
2. Gegenstand der Fusionskontrolle: Zusammenschlüsse von unionsweiter Bedeutung (Art. 1, 3 FKVO)	520
3. Voraussetzungen des Verbots eines Zusammenschlusses (Art. 2 FKVO)	520
4. Fusionskontrollverfahren (Art. 4ff. FKVO iVm VO (EU) 2023/914) und Rechtsschutz	521
V. Nationales, europäisches und internationales Wettbewerbsrecht	522
1. Extraterritoriale Wirkungen europäischen Wettbewerbsrechts	522
2. Europäisches und nationales Wettbewerbsrecht	523
VI. Die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts	524
1. Administrative Durchführung des Wettbewerbsrechts	525
a) Verwaltungsbefugnisse der Kommission	525
b) Sanktionsbefugnisse der Kommission	526
c) Aufgaben und Befugnisse der nationalen Behörden	527
2. Rechtsschutz im Wettbewerbsrecht	528
a) Rechtsschutz vor den europäischen Gerichten	528
b) Rechtsschutz gegen nationale Verwaltungsentscheidungen	529
c) Private Rechtsdurchsetzung vor nationalen Gerichten	529
VII. Ausblick: Erfolge und Zukunft der europäischen Wettbewerbspolitik	530
§ 26. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge (Classen)	531
I. Grundlagen: Das wirtschaftliche Engagement des Staates im Binnenmarkt	531
II. Das Verbot nationaler Beihilfen und seine Ausnahmen	531
1. Grundlagen: Subventionen im europäischen Binnenmarkt	532
2. Die Unvereinbarkeitsklausel des Art. 107 Abs. 1 AEUV	533
a) Gewähren eines wirtschaftlichen Vorteils („Begünstigung“)	534
b) Gewährung staatlicherseits	534
c) Begünstigte: Unternehmen	535
d) Selektivität der Zuwendung	536
e) Wettbewerbsverfälschung	536
f) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	537

3. Legalausnahmen und Ausnahmen nach Ermessen	537
a) Legalausnahmen (Art. 107 Abs. 2 AEUV)	538
b) Ausnahmen nach Ermessen (Art. 107 Abs. 3 AEUV)	538
aa) Allgemeines	538
bb) Kategorisierung der Beihilfen im Rahmen von Art. 107 Abs. 3 AEUV	540
(1) Horizontalbeihilfen	540
(2) Regionalbeihilfen	540
(3) Sektorale Beihilfen	540
(4) Kulturbeihilfen	541
4. Verhältnis zu anderen Regelungen des Unionsrechts	541
a) Verhältnis des Beihilferechts zu anderen Vertragsregelungen	541
b) Beihilferegime und Drittländer	541
5. Europäisches Beihilfeverfahren	542
a) Grundlagen	542
b) Kontrolle bestehender Beihilfen („repressive“ Kontrolle)	543
c) Kontrolle neuer Beihilfen (präventive Kontrolle)	543
aa) Vorprüfungsverfahren	544
bb) Hauptprüfungsverfahren	544
d) Rechtswidrige Beihilfen und ihre Kontrolle	545
e) Rückforderung rechtswidriger Beihilfen	545
6. Rechtsschutz	546
a) Rechtsschutz für den Beihilfeempfänger	547
b) Rechtsschutz für Mitgliedstaat und Kommission	547
c) Rechtsschutz für die Konkurrenten	547
III. Öffentliche Unternehmen, Daseinsvorsorge und Wettbewerbsordnung	548
1. Das Grundproblem	549
2. Grundsätze	550
a) Wettbewerbliche Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen	550
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge/service public)	551
c) Insbesondere: Beihilferechtliche Fragen	552
IV. Öffentliche Aufträge (Vergabewesen)	553
1. Grundlagen	553
2. Entwicklung des Sekundärrechts und deutsche Umsetzung	555
3. Anwendungsbereich	555
4. Kriterien und Verfahren der Auftragsvergabe	557
5. Rechtsschutz	559
6. Vergabeentscheidungen jenseits des Anwendungsbereichs der Richtlinien	560
V. Ausblick	560
§ 27. Landwirtschaft und Fischerei (Classen)	561
I. Landwirtschaft und Fischerei: ein administrierter Teil des Binnenmarktes	561
1. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Binnenmarkt	561
2. Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik	561

II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik	562
1. Zum Begriff der Landwirtschaft	562
2. Inhaltliche Vorgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik	562
a) Ziele der Agrarpolitik (Art. 39 AEUV)	562
b) Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik	562
c) Gemeinsame Agrarpolitik und allgemeine Vertragsregelungen	563
3. Die Rechtsgrundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik	564
III. Sekundärrechtliche Ausgestaltung der Landwirtschaftspolitik	564
1. Marktpolitik im Bereich der Landwirtschaft	565
a) Agrarrechtsangleichung	565
b) Finanzrelevante Regeln für den Agrarinnenmarkt	566
c) Regeln für den Agraraußenhandel	566
2. Agrarstrukturpolitik („Entwicklung des ländlichen Raumes“)	567
3. Verwaltung und Finanzierung der Agrarpolitik	567
IV. Gemeinsame Fischereipolitik	568
1. Tatsächliche Besonderheiten der Gemeinsamen Fischereipolitik	569
2. Gemeinsame Fischereipolitik und internationales Seerecht	569
3. Entwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik	569
4. Stand der Gemeinsamen Fischereipolitik	570
a) Erhaltung der Fischbestände	570
b) Gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse	571
c) EU-Außenbeziehungen in der Fischereipolitik	571
V. Ausblick	571
§ 28. Verkehr (Classen)	572
I. Die Verkehrspolitik im Binnenmarkt	572
1. Doppelfunktion des Verkehrs im Binnenmarkt	572
2. Entwicklung der Gemeinsamen Verkehrspolitik seit 1958	572
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik	573
1. Inhaltliche Vorgaben für die gemeinsame Verkehrspolitik	573
2. Kompetenzgrundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik	574
3. Der Verkehr und die sonstigen Vertragsregeln	574
III. Sekundärrechtliche Ausformung der Liberalisierung des Verkehrs	575
1. Liberalisierung bei der Erbringung von Verkehrsdienstleistungen	575
2. Bereitstellung und Nutzung der Infrastruktur	576
3. Personenbezogene Regeln (Fahrerlaubnisse etc)	578
IV. Sekundärrechtliche Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen	579
1. Preisregelungen	579
2. Beihilfenrecht	579
3. Standards für Beschäftigte und Nutzer	580
a) Sozialstandards für Beschäftigte	580
b) Verbraucherschutz (Fahrgastrechte etc)	581
V. Weitere Maßnahmen	581
1. Verkehrssicherheit	581
2. Umweltschutz	582
3. Institutionelle Regelungen	582
VI. Internationale Beziehungen in der Verkehrspolitik	582
1. Landverkehr und Binnenschifffahrt	582

2. Seeverkehr	583
3. Luftverkehr	583
VII. Transeuropäische Netze (TEN)	584
1. Konzept der Transeuropäischen Netze	584
2. System des Titels Transeuropäische Netze	584
3. Zur Praxis der TEN-Politik	585
VIII. Ausblick: Perspektiven für den Verkehrsbinnenmarkt	585
§ 29. Finanzmärkte (Nettesheim)	585
I. Liberalisierungs- und Harmonisierungsmaßnahmen zur Herstellung des Europäischen Finanzraums	588
II. Akteure und Finanzprodukte	588
III. Europäisches Kapitalmarktrecht	591
IV. Rahmenbedingungen	593
V. Ausblick: Vollendung des Europäischen Finanzraums?	594
§ 30. Weitere wirtschaftsrechtliche Gebiete: Gesellschaftsrecht, geistiges Eigentum, Digitalisierung (Classen)	595
I. Gesellschaftsrecht	595
1. Grundfragen	595
2. Gesellschaftsrechtliche Rechtsangleichung	596
3. Europäische juristische Personen	597
II. Das geistige Eigentum im Binnenmarkt	597
1. Geistiges Eigentum und die materiellen Regeln des Vertragsrechts	598
2. Die Schaffung eines europäischen Rechts des geistigen Eigentums	599
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen	599
b) Patentrecht	600
c) Markenrecht	601
d) Geschmacksmuster, Sorten uÄ	601
e) Urheberrecht	602
f) Rechtsdurchsetzung	603
III. Der digitale Binnenmarkt	603
1. Die technische Seite: die Netzregulierung	603
2. Die inhaltliche Seite: digitale Waren und Dienstleistungen	604
IV. Ausblick	606
7. Teil. Sicherheit und Schutz	
§ 31. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik (Classen)	607
I. Grundlagen: Das „Europäische Sozialmodell“	607
1. Bedeutung und Stellung der Sozialpolitik in der Integration	607
2. Primärrechtliche Vorgaben im Bereich der Sozialpolitik	609
II. Arbeitsrechtliche Harmonisierung (Art. 153 Abs. 1 lit. a–i AEUV)	610
1. Allgemeines	610
2. Arbeitsschutz („Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer“ – Art. 153 Abs. 1 lit. a AEUV) sowie Chancengleichheit der Geschlechter – Art. 153 Abs. 1 lit. i	612
3. Individuelles Arbeitsvertragsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. b und d AEUV)	612
4. Kollektives Arbeitsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. d, e, f AEUV)	613

5. Diskriminierungsverbote und Gleichstellungsrecht (Art. 157 Abs. 3, Art. 19 AEUV)	614
III. Weiche Steuerungs- und Förderinstrumente	615
1. Maßnahmen der offenen Koordinierung	615
2. Europäische Beschäftigungspolitik	615
3. Europäischer Sozialfonds (ESF)	616
IV. Ausblick: Soziale Dimension des Binnenmarktes oder Sozialunion?	616
§ 32. Verbraucherschutz (Classen)	617
I. Grundfragen der europäischen Verbraucherschutzpolitik	617
1. Aufgaben des Verbraucherschutzes	617
2. Rechtsetzungskompetenzen im Bereich des Verbraucherschutzes (Art. 169 Abs. 2 und 3 AEUV)	618
3. Sonstige vertragliche Regelungen zum Verbraucherschutz	618
II. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Verbraucherschutzpolitik	619
1. Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher	619
2. Schutz der Wirtschaftsinteressen	620
3. Wiedergutmachung von Schäden	620
4. Rechtsdurchsetzung	621
5. Lauterkeitsrecht	621
III. Ausblick	622
§ 33. Datenschutz (Classen)	622
I. Entwicklung und primärrechtliche Grundlagen	622
II. Grundfragen bei der sekundärrechtlichen Ausgestaltung	623
III. Datenschutzrechtliche Einzelfragen	624
IV. Ausblick	626
§ 34. Gesundheit (Classen)	626
I. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Gesundheitspolitik ...	627
II. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Gesundheitspolitik ...	627
1. Allgemeines	627
2. Apotheken, Krankenhäuser, Krankenkassen und das allgemeine Vertragsrecht	628
a) Apotheken	628
b) Krankenhäuser und Krankenkassen	628
3. Kompetenzen in der europäischen Gesundheitspolitik nach Art. 168 AEUV	629
4. Sonstige gesundheitsrelevante Zuständigkeiten der EU	630
III. Die sekundärrechtliche Ausformung des europäischen Gesundheitsrechts	630
1. Harmonisierung des Arzneimittel- und Medizinproduktrechts sowie der Organtransplantation	630
2. Die Sicherung der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung	631
3. Gesundheitsprogrammatische Aktionen der EU	632
IV. Die sekundärrechtliche Ausformung des Lebensmittelrechts	632
V. Ausblick	633

8. Teil. Umwelt und Energie

§ 35. Umweltschutz (Classen)	634
I. Primärrechtliche Grundlagen der EU-Umweltpolitik	634
1. Spezifische Vorgaben für die Umweltpolitik (Art. 191 ff. AEUV)	634
2. Die Bedeutung der Umwelt für die sonstige Unionspolitik	635
3. Der Tierschutz in der Unionspolitik (Art. 13 AEUV)	636
II. Zuständigkeiten im Bereich der EU-Umweltpolitik	636
1. Rechtssetzungskompetenzen im Umweltbereich (Art. 191 Abs. 1–3 AEUV)	636
2. Die Umweltaußenkompetenz der EU (Art. 191 Abs. 4 AEUV)	637
3. Nationale Regelungsspielräume (Art. 193 AEUV)	637
III. Die sekundärrechtliche Ausformung des allgemeinen Umweltrechts . . .	638
IV. Die sekundärrechtliche Ausformung des besonderen Umweltrechts . . .	640
1. Natur- und Artenschutz	640
2. Gewässerschutz	641
3. Luftreinhaltung und Klimaschutz	642
4. Lärmschutz	644
5. Abfall	644
6. Gefährliche Stoffe, insbesondere Chemikalien	645
7. Biotechnologie und Gentechnik	646
8. Produktbezogene Regelungen	646
V. Die Beteiligung der EU am internationalen Umweltschutz	647
VI. Konsequenzen für das deutsche Recht	648
VII. Ausblick	648
§ 36. Energie (Classen)	649
I. Die Energiepolitik in der europäischen Integration	649
II. Primärrechtliche Grundlagen und sekundärrechtliche Ausformung der Energiepolitik (ohne Kernenergie)	650
1. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Energiepolitik	651
2. Sekundärrechtliche Ausformungen für die einzelnen Energiearten . . .	651
a) Die leistungsgebundenen Energieträger Erdgas und Elektrizität	651
b) Ökologische Aspekte der Energiepolitik	652
c) Sicherheit und Solidarität bei der Energieversorgung	654
d) Außenbeziehungen	654
III. Das Kernenergieregime von EURATOM	655
IV. Ausblick	656

9. Teil. Kultur und Sport

§ 37. Forschung, Bildung und Sport (Classen)	657
I. Forschung und technologische Entwicklung	657
II. Bildung	658
1. Die spezifischen Bestimmungen (Art. 165 f. AEUV) und ihre Nutzung	658
2. Diskriminierungsverbote und Freizügigkeit als weitere relevante Grundsätze (Art. 18, 21, 49, 56 AEUV)	659

3. Europäische Bildungspolitik jenseits der Verträge	660
a) EU-externe Bildungseinrichtungen	660
b) Der Bologna-Prozess und die gegenseitige Anerkennung von Studienzeiten	660
III. Sport	661
1. Der Sport und das europäische Vertragsrecht	661
2. Sportpolitische Kompetenzen und Aktivitäten	662
IV. Ausblick	662
§ 38. Kultur und Medien (Classen)	663
I. Kultur	663
1. Grundlagen: Die Europäische Integration und die Kultur	663
2. Die primärrechtlichen Grundlagen der europäischen Kulturpolitik ..	663
a) Zum Kulturbegriff	664
b) Die spezifische Kulturkompetenz (Art. 167 AEUV)	664
c) Die Kultur und das allgemeine Vertragsrecht	664
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Kulturpolitik	665
a) Spezifisch kulturpolitisch ausgerichtete Akte	665
b) Maßnahmen zur Sicherung der Besonderheiten der Kultur im Wirtschaftsleben	666
II. EU-Medienordnung	666
1. Entwicklung der europäischen Rundfunkordnung	667
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Medienordnung	667
a) Grundrechte und Grundfreiheiten	667
b) Wettbewerbsrecht	667
3. Europäische Harmonisierung des Rechts der (audiovisuellen) Medien	668
III. Ausblick	669
10. Teil. Die Europäische Union und ihr Umfeld	
§ 39. Personen: Drittstaatsangehörige in der Union (Classen)	670
I. Grundlagen und Schutz der Außengrenzen	670
II. Asyl- und Flüchtlingsrecht	671
III. Drittstaatsangehörige im Übrigen	673
IV. Ausblick	674
§ 40. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen (Nettesheim)	675
I. Die Außenbeziehungen der EU zwischen Integration und Intergouvernementalismus	675
II. Grundlagen der auswärtigen Gewalt der EU	679
1. Völkerrechtsfähigkeit	679
2. Grundlegende Rechtsstellung	680
III. Rechtsgrundlagen der EU-Außenbeziehungen	681
1. Kompetenzen	681
a) Explizite und implizite Zuständigkeiten	682
b) Ausschließliche Zuständigkeiten	683
c) Geteilte und parallele Außenzuständigkeiten	684

2. Vertragsschließungsverfahren des AEUV (Art. 218 AEUV)	686
a) Allgemeines	686
b) Die Phasen des Vertragsschlusses	686
c) Bindungswirkung der Abkommen (Art. 216 Abs. 2 AEUV)	688
IV. Ausblick	689

§ 41. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

<i>(Nettesheim)</i>	690
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	690
1. Die rechtlich/institutionelle Regelung der GASP im EU-Vertrag (Art. 23–41 EUV)	692
2. Institutionelle Struktur der GASP (Art. 26ff. EUV)	693
a) Der Europäische Rat (Art. 26 EUV)	693
b) Der Rat (Art. 26 Abs. 2 EUV)	693
c) Der Hohe Vertreter (Art. 27 EUV) und der Europäische Auswärtige Dienst	694
d) Die Kommission und das Europäische Parlament	695
e) Sonderbeauftragte (Art. 33 EUV)	695
3. Rechtsinstrumente der GASP (Art. 25 EUV)	696
a) Allgemeine Leitlinien	696
b) Beschlüsse	696
c) Ausbau der systematischen Zusammenarbeit	697
d) Abschluss von Übereinkünften mit Drittstaaten und Internationalen Organisationen (Art. 37 EUV)	698
4. Finanzierung der GASP (Art. 41 EUV)	698
5. Die zwiespältige Rechtsgestalt der GASP	698
II. Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	699
1. Zwischenschritte auf einem mühsamen Weg	699
2. Institutionelle Strukturen der GSVP	701
a) Übergreifende Strukturen	701
b) Besondere GSVP-Einrichtungen	702
c) Umfeld der GSVP	702
3. Ziele und Aufgaben der GSVP	703
4. Mittel der GSVP	704
a) Militärische Kapazitäten	704
b) Rüstungspolitische Zusammenarbeit	705
c) Zivile Komponente der GSVP	706
5. GSVP und MSen	706
III. Ausblick	706

§ 42. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik

<i>(Nettesheim)</i>	707
I. Die Gemeinsame Handelspolitik als Kernstück der integrierten EU-Außenbeziehungen	708
II. Die Außendimension der Zollunion	709
1. Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	709
2. Zollrechtsangleichung, Zollkodex und Strategien für die Zollunion . .	710
3. Zollgleiche Abgaben im Handel mit Drittstaaten	710

III. Die Gemeinsame Handelspolitik	711
1. Vertragliche Grundlagen	711
a) Offenheit und Liberalität	711
b) Kompetenzumfang	712
c) Qualität der Kompetenzen	713
d) Verfahren	714
2. Überblick über die autonome Handelspolitik	715
a) Einfuhrregime	715
b) Ausfuhrregime	716
c) Handelspolitische Maßnahmen der EU	717
3. Die vertragliche Handelspolitik: Das Beispiel der WTO-Mitgliedschaft	720
a) Vom GATT 1947 zur WTO 1994	721
b) Überblick über das WTO-Recht	722
c) EU-Mitgliedschaft in der WTO	723
d) Handelspolitische Bedeutsamkeit der WTO für die EU	725
IV. EU-Entwicklungspolitik	726
1. Die Entwicklung der vertraglichen Grundlagen	726
2. Assoziierung der Überseeischen Länder und Hoheitsgebiete (ÜLG – Art. 198–204 AEUV)	726
3. Entwicklungspartnerschaft der EU mit den AKP-Staaten („Lomé-Cotonou-Samoa-Politik“)	727
4. EU-Entwicklungszusammenarbeit (Art. 208–211 AEUV)	727
V. Ausblick	728
§ 43. Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik (Nettesheim)	729
I. Grundlagen	729
II. Rechtsgrundlagen der Assoziierung	730
III. Praxis europäischer Assoziierung	731
IV. Europäische Nachbarschaftspolitik	733
1. Grundlagen einer Europäischen Nachbarschaftspolitik	733
2. Durchführung der ENP	735
V. Ausblick	736
§ 44. Beitritt – Austritt (Nettesheim)	736
I. Die Europäische Union innerhalb Gesamteuropas	736
II. Beitrittskonzept des EU-Vertrages	737
1. Der Beitritt nach Art. 49 EUV	737
2. Beitrittsvoraussetzungen	738
a) Begriff des europäischen Staats	739
b) Kopenhagener Kriterien	739
3. Beitrittsverfahren	740
a) Einleitungsphase	740
b) Verhandlungsphase	741
c) Abschlussphase	741
4. Wirkungen des Beitritts	742
5. Wandlungen der EU durch die Beitritte	742
III. Beitrittspraxis	743

IV. Weitere Beitrittsperspektiven	744
1. Balkanerweiterung	744
2. Türkei	745
3. EWR-Raum und Schweiz	747
V. Austritt aus der Europäischen Union	747
VI. Ausblick	751
Sachverzeichnis	753



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG